

DAS MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT PRO-GE

Ausgabe 1/2013

Glück auf!

Einen Gang höher schalten

Aufreger, Sorgen und Herausforderungen 2013

PRO-GE

Inhalt:

WAS BRINGT 2013?

Leiharbeit, Finanztransaktionssteuer, Arbeitszeit und mehr: Die „Glück auf!“ nimmt unter die Lupe, welche Themen Österreich und Europa 2013 beschäftigen werden. Gesetzesänderungen, Aufreger, Sorgen und Herausforderungen: Was 2013 neu ist, was heuer noch kommen wird und was sich dringend ändern sollte.

Seiten 4 bis 11

INTERNATIONALER FRAUENTAG

Nach über 100 Jahren besteht auch 2013 leider keine Veranlassung, den Aktionstag für die Rechte der Frauen aus dem Kalender zu streichen. Neben Einkommensgerechtigkeit rückt heuer das Thema Gewalt gegen Frauen verstärkt in den Fokus.

Seite 13

OPEL: MADE IN ASPERN

Seit 1982 sorgen Motoren und Getriebe aus Wien-Aspern für den Antrieb von Opel-Fahrzeugen. Alle 30 Sekunden werden hier ein Motor und zwei Getriebe fertiggestellt. Die „Glück auf!“ statete den 1.400 ArbeiterInnen einen Besuch ab.

Seiten 16 und 17

GÜNSTIGE MODE – TÖDLICHE FALLEN

Textilproduktion in Asien steht seit Jahren in der Kritik. Besonders dramatische Vorfälle wurden kürzlich bekannt: In Bangladesch bezahlten bei Fabrikbränden mehrere Hundert ArbeiterInnen die billigen Textilpreise mit ihrem Leben.

Seite 18

IMPRESSUM:

Glück auf! – Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE. ZVR-Nr.: 576439352. DVR-Nr.: 0046655. Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69. Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793, E-Mail: office@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. Leitung: Mathias Beer. Chef vom Dienst: Robert Wittek. Redaktion (glueckauf@proge.at): Mathias Beer, Karin Prokop, Wolfgang Purer. MitarbeiterInnen: Martina Schneller. Grafik & Layout: Peter-Paul Waltenberger, Niki Menger (Titel). Fotos: PRO-GE, Fair Trade, Alpentherme und Bergbahnen Bad Hofgastein, Lisa Lux, Christian Redtenbacher. Rätsel: Vera Ribarich. Hersteller: Leykam Druck-GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Blickfordstraße 1. Redaktionsschluss der folgenden Ausgabe: 18. März 2013.

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25: www.glueckauf.at/offenlegung

ZWIESPÄLTIGE ERFOLGSGESCHICHTE

Anerkannte Ausbildungsqualität, zufriedene Lehrlinge – gut, dass es die überbetriebliche Lehrausbildung gibt. Die Kehrseite: Den Erfolg begründet nicht zuletzt die Tatsache, dass die Unternehmen immer weniger ausbilden.

Seite 19

Abstimmung des Monats

Jung und Alt unterscheiden sich in Interessen und Werten stark. Zuletzt zeigte dies die Volksbefragung zur Wehrpflicht (Quelle SORA).

Wehrpflicht-BefürworterInnen



37 Prozent
unter 30 Jahre



71 Prozent
über 60 Jahre

KURZ NOTIERT

Einkommensberichte 2013

Für das Jahr 2012 müssen erstmals Betriebe zwischen 250 und 500 MitarbeiterInnen den Einkommensbericht erstellen und bis 31. März an die Betriebsratskörperschaften übermitteln. Spannend wird es in Unternehmen mit über 1.000 Beschäftigten. Diese müssen 2013 den zweiten Einkommensbericht vorlegen und bieten damit erstmals eine Vergleichsmöglichkeit.

Für Fragen zum Einkommensbericht und für Hilfestellung bei der Analyse haben die PRO-GE Frauen eine eigene E-Mail-Adresse eingerichtet: einkommensbericht@proge.at

40 Jahre jugendliche Mitbestimmung im Betrieb

Seit 1. Jänner 1973 vertreten Jugendliche die Interessen von Jugendlichen: An diesem Tag trat das Gesetz in Kraft, das die Wahl zum Jugendvertrauensrat (JVR) regelt. „Ein Meilenstein für die Mitbestimmung der Jugendlichen am Arbeitsplatz“, sagt PRO-GE Bundesjugendvorsitzender Jürgen Michlmayr. Das Recht, einen Jugendvertrauensrat wählen zu dürfen, konnte erst durch den Druck der Gewerkschaften verwirklicht werden. Seither setzt sich die Österreichische Gewerkschaftsjugend laufend für Verbesserungen ein.

Information zum Jugendvertrauensrat unter

www.proge-jugend.at



EGB fordert Sozialpakt für Europa

„Die EU darf kein Instrument zum Abbau des Sozialmodells sein, sondern sie muss es ausbauen und stärken“, erklärte EGB-Generalsekretärin Bernadette Ségol bei einer Konferenz anlässlich des 40. Jubiläums des Europäischen Gewerkschaftsbundes. Der EGB präsentierte einen „Sozialpakt für Europa“ als Ausweg aus der Wirtschaftskrise. Darin verlangt er u. a. eine Stärkung des sozialen Dialogs, gerechte Löhne, Regulierung der Finanzmärkte, eine gerechte Besteuerung von Vermögen sowie Maßnahmen gegen Steuerbetrug. Zum 40. Jahrestag erhielt der EGB außerdem ein neues Logo.

www.etuc.org

Attac startet neue Kampagne

„Unser Europa neu begründen!“ fordert Attac Österreich ein solidarisches und demokratisches Europa. „Während hunderte Milliarden in den Bankensektor fließen, machen die politischen Eliten zu hohe Löhne und soziale Rechte für die Krise verantwortlich“, kritisiert Attac-Obfrau Alexandra Strickner. „Mit unserer Kampagne präsentieren wir unsere Alternativen für ein Europa der demokratischen Mitbestimmung, der sozialen Sicherheit, der menschenwürdigen Arbeit und der ökologischen Gerechtigkeit.“

Mehr unter www.unsereuropa.at



Rainer Wimmer,
Bundesvorsitzender der PRO-GE

LÖHNE, ARBEITSZEIT UND SOZIALES EUROPA


Die Frühjahrs-Lohnrunde steht vor der Tür, Arbeitszeit wird 2013 ein zentrales Thema sein und die Euro-Krise ist durch falsche Rezepte zur sozialen Krise Europas geworden.

Das Jahr 2013 bringt große Herausforderungen. Im März starten die Kollektivvertragsverhandlungen für rund 50.000 ArbeitnehmerInnen in der Elektro- und Elektronikindustrie (EEI). Die Branche läutet damit den Frühjahrsreigen der Lohnverhandlungen in der Industrie für mehr als 120.000 Beschäftigte ein. Der EEI folgen unter anderem die Textil-, Bekleidungs-, Papier-, Glas- und Chemische Industrie. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Sachgüterproduktion stimmen und angesichts des europaweiten Sparwahns muss unbedingt die Kaufkraft der Menschen gestärkt werden.

Ein Thema, das noch stärker als bisher in den Lohnverhandlungen Platz greifen wird, ist die Arbeitszeit. Geht es nach dem Willen einiger Wirtschaftsvertreter, sollen etwa die Tageshöchst- und die Durchrechnungszeiträume ausgeweitet werden. Dies würde bedeuten, dass Zuschläge gekippt würden und die Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen bei der Arbeitszeit ausgehebelt würde. Schlicht: Länger Arbeiten für weniger Geld. Die PRO-GE wird diesen Vorschlägen nicht zustimmen, denn entscheidender sind moderne Arbeitszeitkonzepte, die zum Nutzen der einzelnen Branchen und der Beschäftigten sind. Es geht dabei auch um die Schaffung von Arbeitsplätzen. Wie wichtig das Thema Arbeitszeit ist, zeigen die ersten Ergebnisse einer großen BetriebsrätInnen- und Beschäftigtenbefragung der PRO-GE: Für fast 80 Prozent ist Arbeitszeit ein „wichtiges Thema“ der Gewerkschaftsarbeit.

In Europa wiederum brauchen wir eine intensive Debatte über die Lösung der sozialen Krise. Die katastrophalen Folgen der bisherigen Sanierungspolitik sind längst unübersehbar: explodierende Arbeitslosigkeit etwa in Spanien und Griechenland mit mehr als 25 Prozent, bei den Jugendlichen mehr als der Hälfte. Hinzu kommt eine rasante Verarmung der Bevölkerung als Folge der aufgezwungenen Sparpakete. Das von den Gewerkschaften geforderte „soziale Europa“ ist nach wie vor ein „Stiefkind“ der EU. Aber der soziale und politische Sprengstoff von Millionen jungen Arbeitslosen birgt große Gefahren. Die europäische Politik muss darauf Antworten geben: Das sind etwa nachhaltige Investitionsprogramme oder auch eine Jugendausbildungsgarantie in ganz Europa, wie sie Bundeskanzler Faymann fordert. Hilfe, die tatsächlich bei den Menschen ankommt, wird die Unterstützung der Gewerkschaften haben.

Glück auf!
Rainer Wimmer



Nach- und Vorschau

Aufreger, Sorgen und Herausforderungen

2013 ist ein Super-Wahljahr für Österreich. Ebenso werden die Weichen für die Gewerkschaftsarbeit der nächsten Jahre gestellt. Mit Jänner sind bereits einige Änderungen in Kraft getreten und einige Reformen stehen weiterhin zur Debatte. Eine Nach- und Vorschau über Gesetzesänderungen, Aufreger, Sorgen und Herausforderungen.

Pflegefreistellung. Auch leiblichen Eltern, die nicht im gemeinsamen Haushalt mit dem Kind leben, soll künftig pro Jahr eine Woche „Pflegeurlaub“ zustehen (und eine zweite, sofern das Kind unter zwölf Jahre alt ist). Partner in sogenannten „Patchwork“-Familien – also Partner, die zwar nicht leiblicher Elternteil sind, aber im gemeinsamen Haushalt mit dem Kind leben – können die Freistellung ebenso in Anspruch nehmen. Dies gilt auch für gleichgeschlechtliche Paare. Außerdem gilt das Recht auf Pflegefreistellung für eine Woche bei Begleitung ins Krankenhaus für Kinder bis zum zehnten Lebensjahr. Die Änderungen sind im Nationalrat bereits beschlossen und werden in Kürze in Kraft treten.

Pendlerpauschale. Pro gefahrenem Kilometer bekommen PendlerInnen vom Finanzamt künftig einen Euro als Absetzbetrag zurück. Beträgt der (einfache) Arbeitsweg 30 Kilometer, erhält man pro Jahr 60 Euro vom Finanz-

amt zurück bzw. zahlt man um diesen Betrag weniger Steuern. Auch wer nicht jeden Tag pendelt profitiert: Ab einem Pendel-Tag pro Woche kann man ein Drittel der vollen Pauschale bekommen, bei zwei Fahrtagen zwei Drittel, ab drei Tagen steht die gesamte Pauschale zu.

Auch neu: Wer aufgrund geringen Einkommens keine Lohnsteuer bezahlt und daher bisher nicht von der Pendlerpauschale erfasst war, bekommt einen erhöhten Pendlerzuschlag. Diese Negativsteuer beträgt pro Jahr maximal 290 Euro (bisher 141 Euro). Und: Arbeitgeber können ihren Beschäftigten (freiwillig) Tickets für den öffentlichen Verkehr bezahlen. Der Staat verzichtet für diesen Teil des Lohns auf den Anteil der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsabgaben.

Pensionen. Für die Korridor pension werden seit 1. Jänner 38 Versicherungsjahre (statt bisher 37,5) benötigt. Aufgrund des Tätigkeitsschutzes wird es ab 2013 erst mit 58 Jahren möglich sein, in Invaliditätspension oder Berufsunfähigkeitspension zu gehen. Derzeit kann man ab dem 57. Lebensjahr die Pension antreten, wenn man der Tätigkeit, die man in den letzten 15 Jahren zehn Jahre ausgeübt hat, nicht mehr nachgehen kann.

Altersteilzeit. Die Laufzeit wird für neue Vereinbarungen seit 1. Jänner auf maximal fünf Jahre verkürzt. Der Antritt der Blockvariante wird gefördert nur mehr möglich sein, wenn der Betrieb eine Ersatzkraft oder einen Lehrling einstellt. Gleich bleibt das Mindestalter für die Altersteilzeit: für Männer 58 Jahre und für Frauen 53 Jahre.

Bausparprämie. Bausparer erhalten auch für 2013 nur mehr die halbe staatliche Prämie: 1,5 Prozent, das bedeutet bei der maximalen jährlichen Einzahlungssumme von 1.200 Euro nur noch 18 Euro statt 36 Euro. Auch die an die Bausparprämie gekoppelte Förderung der Zukunftsvorsorge halbiert sich.

LeiharbeiterInnen. Aufgrund einer EU-Richtlinie musste das österreichische Arbeitskräfteüberlassungsgesetz (AÜG) überarbeitet werden. Nun müssen Überlasser ihre ArbeitnehmerInnen spätestens 14 Tage im Vorhinein über das Ende eines Einsatzes in-

Neue Werte

Höchstbeitragsgrundlage

- täglich: 148 Euro*)
 - monatlich: 4.440 Euro
 - jährlich für Sonderzahlungen: 8.880 Euro
 - monatlich für freie DienstnehmerInnen ohne Sonderzahlungen: 5.180 Euro
- *) inkl. zusätzliche Erhöhung um 3 Euro täglich gemäß 2. Stabilitätsgesetz 2012 (BGBl. I Nr. 35/2012 vom 24. April 2012)

Geringfügigkeitsgrenze

- täglich: 29,70 Euro
- monatlich: 386,80 Euro
- Grenzwert für Dienstgeberabgabe (DAG): 580,20 Euro

Tägliche Beitragsgrundlage

- für Versicherte, die kein Entgelt oder keine Bezüge erhalten: 24,28 Euro (= monatlich 728,40 Euro)
- für Zivildienstler: 34,16 Euro (= monatlich 1.024,80 Euro)

Ausgleichszulage („Mindestpension“)

- 837,63 Euro für Alleinstehende
- 1.255,89 Euro für Ehepaare

Die Aufreger 2013

Arbeitszeit: Arbeitgeber fordern mehr Flexibilisierung. Die Gewerkschaften kämpfen für den Erhalt von Zuschlägen und für die Mitbestimmung der Beschäftigten bei der Arbeitszeit (siehe Bericht Seite 15). Arbeiten bis zum Umfallen und zwar zum Nulltarif darf es nicht geben.

Lohnerhöhungen: 2,4 Prozent betrug die Inflation im Jahr 2012. 3,5 Prozent ist der Durchschnitt aller erreichten Lohnerhöhungen in den von der PRO-GE verhandelten Kollektivverträgen im vergangenen Jahr. Im März 2013 wird die Frühjahrslohnrunde eingeleitet: Elektro-/Elektronikindustrie, Chemische Industrie, Textilindustrie, Papierindustrie kämpfen dann um mehr Lohn.

Steuerreform: In einem Punkt sind sich Wirtschafts- und ArbeitnehmerInnen-Seite einig. Der Faktor Arbeit muss entlastet werden. Die Gewerkschaften erkämpfen jedes Jahr Lohnerhöhungen und ein großer Teil davon wandert einfach zur Finanzministerin. Hier herrscht Handlungsbedarf.

formieren, wenn sie länger als drei Monate überlassen waren. Damit ist endlich Schluss mit der Praxis, Kolleginnen und Kollegen heute darüber zu informieren, dass sie morgen nicht mehr gebraucht werden (siehe Bericht Seite 8 und 9).

Jugend- und Lehrlingscoaching. Das in Wien, Salzburg und der Steiermark erprobte Jugendcoaching wird bundesweit ausgerollt. BetreuerInnen nehmen sich jener Jugendlichen ab der neunten Schulstufe an, die weder in Ausbildung sind noch arbeiten. Ebenfalls ein Ausbau ist beim Lehrlingscoaching geplant, das sich an Personen richtet, die in geförderten Maßnahmen auf die Lehrabschlussprüfung vorbereitet werden oder die Lehre abgebrochen haben und diese nun beenden möchten. Für sie soll es die Möglichkeit geben, als ordentliche SchülerInnen die Berufsschule zu besuchen und damit die gesamte duale Lehrausbildung erfolgreich abzuschließen.



Sorgen 2013

Euro: Das Vertrauen der ÖsterreicherInnen und Deutschen in den Euro hat in der Schuldenkrise arg gelitten. Nur 38 Prozent der Deutschen und 40 Prozent der ÖsterreicherInnen schenken ihrem Zahlungsmittel noch volles Vertrauen. In den Euro-Krisenländern Spanien und Italien sind es mit 35 und 30 Prozent noch weniger. Auch 2013 stellt die Krise in der Eurozone die größte Gefahr für die Beschäftigungsentwicklung dar. Allerdings ist die Gefahr eines Auseinanderbrechens der Eurozone oder des völligen Bankrotts einzelner Staaten 2013 geringer.

Konjunktur: Das österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) erwartet für die Jahre 2012 bis 2017 ein weltweites Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 4,0 Prozent jährlich. Die österreichische Wirtschaft wird im Durchschnitt um 1,7 Prozent wachsen. Nachbar Deutschland, der wichtigste Außenhandelspartner Österreichs, dürfte sein Wachstum in der neuen Periode von 0,7 auf 1,5 Prozent beschleunigen. Die gravierendsten Probleme in den Industrieländern sieht das WIFO in den hohen Budgetdefiziten und dem anhaltenden Anstieg der Staatsschuldenquoten – aber auch in den Folgen der Strategien zur Überwindung der Krise, etwa in der „dramatischen Zunahme der Arbeitslosigkeit“. Die Sparpolitik habe die Nachfrage von Firmen und Privathaushalten so sehr gedämpft, dass das BIP bereits 2012 um 0,3 Prozent geschrumpft sei.

Arbeitslosigkeit: Die Arbeitslosigkeit wird in Österreich durchgehend höher als im Jahr 2012 sein und durchgehend hoch bleiben, prognostiziert das WIFO. Nach heimischer Berechnung dürfte es die höchsten Arbeitslosenraten mit jeweils 7,4 Prozent von 2013 bis 2016 geben, erst für 2017 rechnet das WIFO mit einem leichten Rückgang auf 7,2 Prozent. Die Sorgenkinder Spanien und Griechenland kämpfen noch mit weit höheren Werten. In Spanien waren im letzten Quartal 2012 fast 6 Millionen Menschen ohne Job. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Arbeitslosen um 690.000. Damit wurden in Spanien pro Tag durchschnittlich 1.900 Beschäftigte arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit trifft vor allem junge Leute unter 25 Jahren. In dieser Altersklasse stieg die Arbeitslosenquote 2011 auf 55,1 Prozent.

Vorstoß in elf EU-Staaten

Grünes Licht für Finanztransaktionssteuer

Die europäischen Gewerkschaften haben sie lange gefordert. Nun scheint sie bald real zu werden. Elf EU-Staaten, darunter auch Österreich, werden eine Abgabe auf Bank- und Börsengeschäfte einführen.

Die EU-Finanzminister haben im Jänner einer Gruppe von elf Mitgliedsstaaten eine neue Steuer auf Finanztransaktionen erlaubt. Diese wollen die Abgabe nun im Rahmen einer „verstärkten Zusammenarbeit“ einführen. Die Möglichkeit, bei einzelnen Vorhaben in einer Gruppe von Mitgliedsstaaten voranzugehen, ist ausdrücklich im EU-Vertrag verankert.

Die Einführung einer solchen Abgabe auf Bank- und Börsengeschäfte in der gesamten EU war gescheitert, elf Länder wollten daher gemeinsam voranschreiten. Das musste eine qualifizierte Mehrheit der 27 EU-Länder genehmigen, bevor die EU-Kommission Höhe und Reichweite der Steuer vorschlagen kann. Enthaltungen kamen von Großbritannien, Tschechien, Malta und Luxemburg.

Nach bisherigen Plänen soll die Steuer im nächsten Jahr kommen. Einige Experten rechnen aber mit einem Start 2015. Die EU-Kommission hatte bereits 2011 eine Finanztransaktionssteuer zwischen 0,01 und 0,1 Prozent vorgeschlagen und geschätzt, dass die Steuer EU-weit 57 Milliarden Euro pro Jahr einbringen könnte – für die kleinere Gruppe von elf Ländern fehlen bisher belastbare Zahlen.

Die Elfergruppe. Neben Deutschland und Frankreich sprachen sich auch Österreich, Belgien, Estland, Griechenland, Italien, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Spanien dafür aus. Die Niederlande – deren Finanzminister Jeroen Dijsselbloem am Montag als Nachfolger Jean-Claude Junckers zum neuen Chef der Euro-Gruppe ernannt wurde – hat sich ebenfalls positiv geäußert und ein Mitmachen in Aussicht gestellt.

Eine Reichensteuer ist sozial gerecht

Reichtum zu besitzen ist keine Leistung und bei hohen Vermögen gibt es keine Mittelschicht. Österreich ist zudem bei vermögensbezogenen Steuern beinahe Schlusslicht in Europa. Eine Reichensteuer wäre also nur gerecht. Vielleicht gibt es dafür nach der nächsten Nationalratswahl eine Mehrheit.

Österreich ist bei den Arbeitseinkommen ein Hochsteuerland – für Vermögende aber ein Steuerparadies. Nur 1,4 Prozent der Steuereinnahmen in Österreich stammen von Vermögen, von den ArbeitnehmerInnen kommen gut zwei Drittel. Das ist eine extreme Schiefelage. Gewerkschaften und ÖGB wollen daher die Arbeitseinkommen entlasten – mehr Beiträge von den großen Vermögen sollen diese Entlastung tragen. Da Österreich zu den reichsten Staaten der Welt mit einer hohen Millionärsdichte zählt, würde eine Besteuerung selbstverständlich ergiebig sein.

Die Kritik, dass eine Reichensteuer auch die Mittelschicht treffe, stimmt nicht, wie auch eine neue AK-Studie bestätigt. Denn bei Vermögen gibt es, im Gegensatz zu den Einkommen, nur eine sehr schmale Mittelschicht. Die hohe Konzentration von Vermögen in Händen einiger weniger bedeutet, dass trotz großzügiger Ausnahmen mit Freibeträgen bedeutende Summen an Steueraufkommen erreicht werden können.

Umschichtungen. Bei einer Reform im Steuersystem geht es aber nicht um höhere oder neue Steuern, sondern um eine Umschichtung: Arbeit entlasten, Kaufkraft stärken und dafür mehr Beiträge von Vermögenden, die bisher wenig leisten. „Wenn wir unsere vermögensbezogenen Steuern nur auf den europäischen Durchschnitt anheben, also auf rund 5,4 Prozent, dann hätten wir vier Milliarden Euro mehr“, sagen AK-Expertinnen und -Experten. Damit könnte man die Arbeitseinkommen entlasten. Bei Vermögenssteuern geht es den Gewerkschaften also nicht darum, Reiche zu bestrafen, weil sie reich sind – es geht um Gerechtigkeit, um Entlastung der niedrigeren Einkommen und um Einnahmen für den Staat, damit er seine Aufgaben erfüllen kann.



Herausforderungen 2013

Konjunkturpakete statt Rotstiftpolitik. Die Wirtschaft wird durch die enorme Sparpolitik abgewürgt. Lohnkürzungen, Pensionskürzungen und hohe Arbeitslosigkeit in Europa sind im Zuge der Rotstiftpolitik keine Seltenheit. Wie man mit einem Arbeitslosenheer, das in manchen Ländern weit über 25 Prozent ausmacht, Wirtschaft und Kaufkraft ankurbeln will, lassen die Sparmeister aber unbeantwortet. Besonders die Jugendarbeitslosigkeit von über 50 Prozent in manchen Ländern erzeugt Endzeitstimmung. Bei allem Sparzwang: Zu Tode gespart ist auch gestorben.

Arbeitsbedingungen in Asien und Afrika verbessern. ArbeiterInnen, die sich wegen der Arbeitsbedingungen aus den Fabrikfenstern stürzen. TextilarbeiterInnen, die durch Chemikalien sterben oder in den Fabriken aufgrund geschlossener Fluchttüren und versperrter Gitter verbrennen. Das sollte besser heute als morgen der Vergangenheit angehören. Zumal die Produkte entweder billig um ein paar Euro oder hochpreisig vor allem auch in Europa verkauft werden. Das moderne Smartphone, die teure Designerjeans oder das billige Zehn-Euro-Kleid von der Modekette – wie der Tod in das Einkaufssackerl kommt, zeigt der Bericht auf Seite 18.

Gesundheitssystem in Österreich. Wie schwierig es ist, das österreichische Gesundheitssystem zu reformieren, lässt sich aus der ELGA-Einführung ableiten. Einige Länder-Ärztchenkammern liefen Sturm gegen mehr Transparenz und PatientInnenmacht. In Teilen Österreichs sind vor allem die Spitäler im Blickfeld der PatientInnen. Vier Stunden warten in der Aufnahme, monatelanges Warten auf den OP-Termin für die PatientInnen sowie eine 75-Stunden-Woche mit 24-Stunden-Schichten für Ärztinnen und Ärzte sind immer noch an einigen Standorten an der Tagessordnung. Das ist nicht in Ordnung und gehört dringend reformiert.

Arbeitskräfteüberlassung: Neues Gesetz in Kraft

Mehr Rechte für LeiharbeiterInnen

Neue gesetzliche Regelungen bringen den rund 75.000 LeiharbeiterInnen in Österreich mehr Information, mehr Gleichstellung und mehr Sicherheit.

LINKTIPP:

Die Informationsplattform für LeiharbeiterInnen:
www.leiharbeiter.at



„Überlassene

Arbeitskräfte haben jetzt mehr Schutz und mehr Rechte sowohl am Arbeitsplatz als auch zwischen Überlassungen“, begrüßt René Schindler, Bundessekretär der PRO-GE, die mit 1. Jänner in Kraft getretenen Änderungen im Arbeitskräfteüberlassungsgesetz (AÜG). Die PRO-GE wird in den nächsten Monaten vor allem den Einsatzbetrieben besonderes Augenmerk schenken, kündigt Schindler an. „Wir werden sehr genau drauf schauen, dass sich die neuen Rechte der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nicht nur in den Gesetzbüchern, sondern auch in der betrieblichen Realität wiederfinden.“

Mehr Information. Ab sofort muss die sogenannte „Einsatzinformation“ wesentlich konkretere Angaben zur Entlohnung enthalten. Die kollektivvertragliche Einstufung muss angegeben sein, der Grundlohn sowie die Zulagen und Zuschläge sind getrennt auszuweisen. Überlassene Arbeitskräfte können somit ihre korrekte Entlohnung deutlich leichter überprüfen. Bei Überlassungen von mehr als drei Monaten müssen LeiharbeiterInnen künftig mindestens 14 Tage im Vorhinein über das Ende eines Einsatzes informiert wer-

den und können sich so wenigstens zwei Wochen auf diese Veränderung einstellen.

Mit mehr Information soll auch die überproportionale Unfallgefährdung von LeiharbeiterInnen bekämpft werden. Laut AUVA sind überlassene Arbeitskräfte rund zweieinhalb Mal häufiger Opfer von Arbeitsunfällen als StammarbeitnehmerInnen. Ab jetzt muss vor jeder Änderung der Tätigkeit (auch während eines laufenden Einsatzes) über spezielle Anforderungen (wie z. B. Schwindelfreiheit) und Gefahren nachweislich schriftlich informiert werden.

Mehr Gleichstellung. Gelten im Einsatzbetrieb verkürzte Arbeitszeiten, werden Pausen bezahlt, gibt es zusätzliche Urlaubstage oder ist an manchen Tagen früher Schluss, dann gilt dies seit 1. Jänner auch für die LeiharbeiterInnen. In Betriebskantinen, -kindergärten und bei Sozialleistungen besteht nun ebenso eine gesetzliche Verpflichtung zur Gleichbehandlung. Bei langen Überlassungen (ab vier Jahren) müssen LeiharbeiterInnen gegebenenfalls auch in betriebliche Pensionsvorsorgen und Kollektivversicherungen einbezogen werden.

Großer Nachholbedarf für LeiharbeiterInnen besteht bei der Weiterbildung. Ab heuer sind Beschäftigterbetriebe verpflichtet, die Teilnahme überlassener Arbeitskräfte an internen Weiterbildungsmaßnahmen zu unterstützen.

Mit dem Sozial- und Weiterbildungsfonds steht ab 2014 auch mehr Geld für Weiterbildung während Stehzeiten und zur Facharbeitersausbildung zur Verfügung. Mehr Chancen für LeiharbeiterInnen bringt außerdem die verpflichtende Information über alle offenen Stellen im Beschäftigterbetrieb.

Mehr Sicherheit. LeiharbeiterInnen sind der Willkür nicht mehr schutzlos ausgesetzt: Konnten bisher Überlassungen grundlos beendet werden, sieht das neue Gesetz scharfe Sanktionen bei Diskriminierung vor. Einsatzbetriebe müssen bei unsachlichen Rückstellungen die Lohnkosten weiterzahlen, bis ein neuer, adäquater Einsatz gefunden wird!

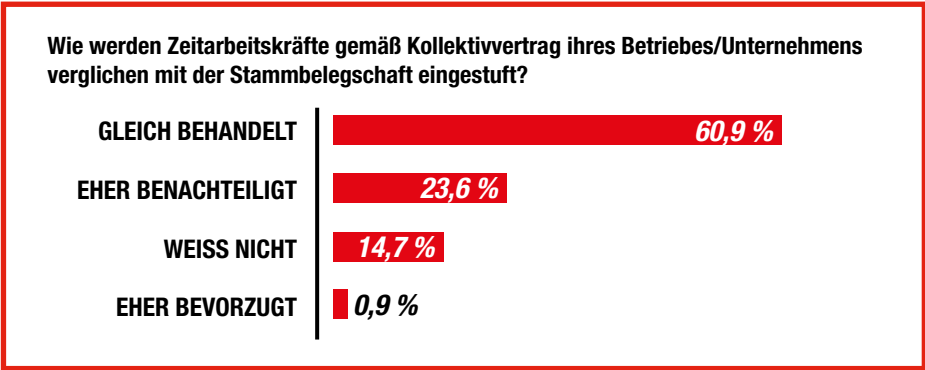
Der Sozial- und Weiterbildungsfonds fördert ab 2014 Arbeitgeber, die Stehzeiten korrekt bezahlen, die Beiträge müssen alle Arbeitskräfteüberlasser leisten (Umlageverfahren). Zusätzlich dient der Fonds der sozialen Absicherung: LeiharbeiterInnen wird bei Arbeitslosigkeit eine einmalige, schnelle Unterstützung bezahlt.

Das neue Gesetz stellt ausdrücklich klar, dass die österreichischen Rechtsnormen auch für aus dem Ausland überlassene Arbeitskräfte gelten. Das betrifft nicht nur Regelungen wie Entgeltfortzahlung bei Krankheit, Urlaub und Feiertagen oder Kündigungsfristen, sondern auch die Beiträge in den Sozial- und Weiterbildungsfonds.

Befragung von Betriebsrätinnen und Betriebsräten zur Leiharbeit

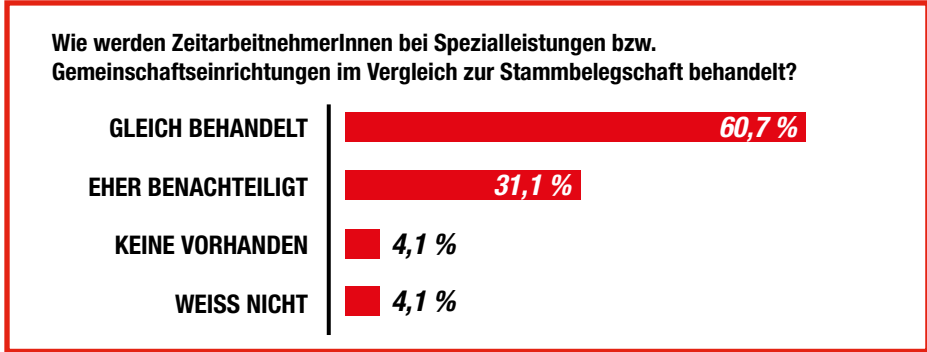
Der Kurs stimmt

Die AK Wien und die PRO-GE haben Betriebsrätinnen und Betriebsräte aus 230 Großunternehmen über den Umgang mit LeiharbeiterInnen in ihren Betrieben befragt. „Die Ergebnisse bestätigen, dass wir mit unseren Anliegen bei der Überarbeitung des Arbeitskräfteüberlassungsgesetzes richtig gelegen sind“, stellt PRO-GE Bundessekretär René Schindler fest. Dass in jedem der erfassten Bereiche Betriebe existieren, wo Gleichstellung bereits tägliche Praxis ist, gibt Schindler Grund für Optimismus: „Das zeigt: Gleichbehandlung von überlassenen Arbeitskräften ist machbar!“



MIT MEHR INFORMATION GEGEN EINKOMMENDISKRIMINIERUNG

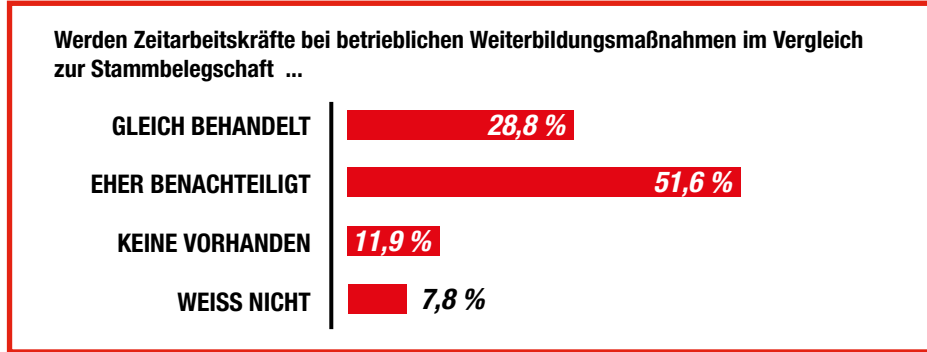
Immerhin 61 Prozent der BetriebsrätInnen sahen überlassene Arbeitskräfte bei der Kollektivvertragseinstufung als gleichbehandelt an. Fast ein Viertel betrachtete allerdings die LeiharbeiterInnen entgegen geltendem Recht als benachteiligt. Künftig muss der Beschäftiger die Einstufung von StammarbeitnehmerInnen mit vergleichbaren Tätigkeiten bekannt geben. Detaillierte Angaben in der ‚Einsatzinformation‘ sorgen für bessere Überprüfbarkeit der korrekten Entlohnung (siehe Seite 8).



GLEICHSTELLUNG BEI SOZIALLEISTUNGEN

31 Prozent der Betriebsrätinnen und Betriebsräte geben an, dass LeiharbeiterInnen im Unternehmen nicht die gleichen Sozialleistungen wie Stammarbeitskräfte erhalten. Ab 1. Jänner besteht eine gesetzliche Verpflichtung zur Gleichbehandlung.

Gleichgestellt werden müssen LeiharbeiterInnen auch bei Arbeitszeit und Urlaub. Seit Jahresbeginn gelten neben den Normen des Kollektivvertrages auch alle intern im Einsatzbetrieb angewandten Regelungen.



GRÖSSTER NACHHOLBEDARF: WEITERBILDUNG

Nur 29 Prozent der Betriebsrätinnen und Betriebsräte geben an, dass überlassene Arbeitskräfte die gleichen Möglichkeiten vorfinden wie die Stammebelegschaft. „Die Weiterbildung wurde bisher sowohl von den Beschäftigerbetrieben als auch den Überlassern komplett vernachlässigt“, kritisiert Schindler. Nun werden Beschäftiger verpflichtet, die Teilnahme überlassener Arbeitskräfte an internen Weiterbildungsmaßnahmen zu unterstützen.

„Finanztransaktionssteuer kann nun Realität werden“

In der letzten Ausgabe der „Glück auf!“ 2012 haben wir über die EU-Pläne für mehr Industrie in Europa berichtet. Jetzt stellt sich Evelyn Regner, Abgeordnete zum Europäischen Parlament, den Fragen zur Krisenbewältigung und zur EU-Politik. Das Interview führte Martina Schneller.

Glück auf!: Der europäische Ratsvorsitzende Van Rompuy hat einen Vier-Punkte-Plan vorgelegt, um die Eurozone durch die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion zu retten. Die Kernpunkte sind: Schaffung einer Bankenunion mit europaweiter Bankenaufsicht und Ausstattung der Eurozone mit einem eigenen Budget. Kann so die Wirtschaftskrise überwunden werden?

Evelyn Regner: Die gute Botschaft ist, dass versucht wird, die Europäische Union krisenfester zu machen. Die EU-Kommission hat die Situation richtig analysiert, verordnet aber weiterhin die falschen Rezepte: Sparen, anstatt mit Investitionen Arbeitsplätze zu schaffen. Daher muss in diese Pläne ein starker sozialer Pfeiler integriert werden. Aus diesem Grund unterstützen wir im Europäischen Parlament (EP) auch den von den Gewerkschaften geforderten Sozialpakt, der existenzsichernde Löhne, Schutz von ArbeitnehmerInnenrechten, Vorrang von sozialen Grundrechten vor wirtschaftlichen Freiheiten, Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping usw. enthält.

Wenn Europa in der Krise steckt, woher soll das Geld für diese Investitionen kommen?

Nachdem sich das EP mit großer Mehrheit für eine Finanztransaktionssteuer ausgesprochen hat, kann sie nun in den elf Mitgliedsstaaten, die sich zur Einführung bereit erklärt haben, Realität werden. Weitere zusätzliche Geldquellen müssen erschlossen werden, um Arbeitsplätze vor allem für die Jugend zu schaffen. 5,7 Millionen junge Menschen haben in Europa derzeit keine Arbeit oder Ausbildung. Um ihnen eine Zukunftsperspektive zu geben, hat der Sozial- und Beschäftigungsausschuss im EP für die Umsetzung einer europaweiten Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantie nach dem Vorbild Österreichs gestimmt.

Die Einführung der Finanztransaktionssteuer, die auch die kurzfristigen Finanzgeschäfte trifft, ist ein erster großer Schritt vorwärts gegen unsoziale und unproduktive Finanzspekulationen. Finanzspekulationen würgen die Realwirtschaft ab. Daher ist es wichtig, die Finanzmarktregulierung ganz streng voranzutreiben, damit die Finanzmärkte wieder zu produktiven Investitionen in die Realwirtschaft bewegt werden.

Die Industrie ist von der Wirtschaftskrise besonders betroffen, welche Initiativen hat das EP gesetzt?

Das EP hat den Scheinwerfer aktuell auf die europäische Stahlindustrie gerichtet. Seit den 70er-Jahren gingen in der EU 369.000 Arbeitsplätze in dieser Branche verloren. Mitte Dezember 2012 hat das EU-Parlament eine Resolution verabschiedet, die die Kommission auffordert, Initiative zu zeigen und gezielt Investitionen in Forschung, Entwicklung, Innovation, Weiterbildung und Umschulung von ArbeitnehmerInnen zu fördern. Im Rahmen eines Aktionsplans soll die Kommission u. a. prüfen, wie die

»Wir sind für die Umsetzung einer europaweiten Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantie nach dem Vorbild Österreichs.«

hohen Energie- und Rohstoffkosten gemindert werden können, die die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie gefährden. Nach dem Vorbild der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl soll die Kommission ein Gremium aus Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und KommissionsvertreterInnen einrichten, um die Weiterentwicklung des Sektors vorausschauend zu überwachen, die Einhaltung der Eurobetriebsratsrichtlinie sowie die Konsultation und Information der ArbeitnehmerInnen sicherzustellen.



Evelyn Regner, Juristin und aktive Gewerkschafterin, ist seit 2009 Europaabgeordnete und u. a. Stellvertretende Vorsitzende im Justizausschuss.

Information und Konsultation der ArbeitnehmerInnen bei Umstrukturierungen sind die Stichworte. Hier gibt es auch eine wichtige Initiative des EP.

Wenn in großen Betrieben umstrukturiert wird, hat dies oft weitreichende Folgen: entlassene ArbeitnehmerInnen und damit verbunden steigende soziale Kosten. Es ist daher höchst an der Zeit, dass vonseiten der EU-Kommission ein Rechtsinstrument vorgelegt wird, das sicherstellt, dass die Sozialpartner eingebunden werden, um die negativen Auswirkungen auf Beschäftigte zu minimieren. Entlassungen sind wirklich das letzte Mittel. Wenn es so weit kommt, dann muss es rechtzeitig umfassende Information und Konsultation der ArbeitnehmerInnen geben. Derzeit sind die Regelungen in Europa dazu sehr unterschiedlich, und es ist daher dringend notwendig, dass europaweite Mindeststandards eingeführt werden, wie Umstrukturierungen erfolgen sollen. Das heißt nicht, dass sie günstigere nationale Regelungen oder Sozialpartnervereinbarungen ersetzen, es bedarf jedoch einer Auffangregelung für ganz Europa.

Wie sind die Aussichten, dass diese Initiative des spanischen sozialdemokratischen Abgeordneten Cercas ein Rechtsinstrument, d. h. eine EU-Richtlinie für vorausschauende Personalplanung und Sozialpläne, wird?

Nach der Annahme im Beschäftigungsausschuss hat sich auch das Plenum im Europäischen Parlament Mitte Januar mit großer Mehrheit für diesen Rechtsakt ausgesprochen, der die Unterrichts-, Anhörungs- und Mitbestimmungsrechte der ArbeitnehmerInnen in der EU stärkt. Dieser Beschluss des Europäischen Parlaments ist ein sehr wichtiger Schritt für die europäische Standort- und Industriepolitik. Auch der zuständige EU-Kommissar für Beschäftigung, László Andor, hat bereits Unterstützung signalisiert. Jetzt muss die EU-Kommission schnell handeln und binnen drei Monaten einen Richtlinienentwurf vorlegen. Widerstand dagegen kommt von der Arbeitgeberseite.

Die Haltung der Arbeitgeber hat auch vor Kurzem die Verhandlungen der Sozialpartner auf europäischer Ebene zur Überarbeitung der Arbeitszeitrichtlinie scheitern lassen. Sie wollten Verschlechterungen für die ArbeitnehmerInnen, vor allem bei der Anrechnung von Bereitschaftszeiten auf die Arbeitszeit, und keine Abschaffung der Ausnahmeklauseln für einzelne Mitgliedsländer. Wie geht es weiter?

Als Sozialdemokraten im Europäischen Parlament haben wir einen Gesetzesvorschlag der Kommission für die Neufassung der Arbeitszeitrichtlinie verlangt. Wir schließen uns der Forderung der europäischen Gewerkschaften an, dass die ArbeitnehmerInnen in Europa vor überlangen Arbeitszeiten geschützt werden müssen. Das heißt, dass eine durchschnittliche wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden gilt und Ausnahmen für einzelne Mitgliedsländer auslaufen müssen. Da die Wahlen zum Europäischen Parlament näher rücken, hoffen wir auf einen Vorschlag, der die Positionen der europäischen Gewerkschaften widerspiegelt.

» Die Finanztransaktionssteuer kann nun Realität werden. «

» ArbeitnehmerInnen in Europa müssen vor überlangen Arbeitszeiten geschützt werden. «



ERLEBEN – BEGREIFEN – VERÄNDERN

Start der Frauenpowerkonferenzen in Oberösterreich. Im Konferenzjahr zum Gewerkschaftstag 2013 werden im Vorfeld in den Bundesländern unter anderem auch die Frauenkonferenzen mit dem Motto „Erleben – begreifen – verändern“ durchgeführt. Den Auftakt machten die Oberösterreicherinnen in Linz. In den Veranstaltungen definieren die Frauen ihre Positionen und wählen ihre neuen Gremien.

Auf dem Bild zu sehen: Das neu gewählte Landesfrauenpräsidium mit der Landesfrauenvorsitzenden Elfriede Schober und ihren Stellvertreterinnen Sandra Jurekovic, Silvia Scharf, Edith Winklbauer, Hermine Schellenhuber und Roswitha Grammer sowie dem PRO-GE Landesvorsitzenden Hans-Karl Schaller, der PRO-GE Bundesfrauenvorsitzenden Renate Anderl und dem PRO-GE Landessekretär Walter Schopf.



„MITGLIEDER WERBEN MITGLIEDER“

Die PRO-GE Landesorganisation Wien hat eine erfolgreiche Mitgliederwerbaktion durchgeführt. Mehr als 200 neue Mitglieder konnten gewonnen werden. Unter den zahlreichen TeilnehmerInnen der Aktion „Mitglieder werben Mitglieder“ wurde eine Woche für zwei Personen im PRO-GE Hotel Bad Hofgastein verlost. Landessekretärin Beate Albert gratulierte dem Gewinner Leopold Sedlak (Bombardier Transportation Austria).

FRITZ-FREYSCHLAG-PREIS AN KREMSMÜLLER

Bereits zum fünften Mal wurde der Fritz-Freyschlag-Preis in Oberösterreich im vergangenen Jahr vergeben. Dieser wird an Menschen und Institutionen verliehen, die sich um den Gedanken der Solidarität und sozialen Partnerschaft verdient gemacht haben.

2012 wurde die Firma Kremsmüller Industrieanlagenbau in Wels für ihre soziale Partnerschaft mit der Auszeichnung gewürdigt. Das Unternehmen unterstützt seit Jahren eine Vielzahl humanitärer Organisationen und Projekte weltweit. Darüber hinaus steht das Unternehmen für ein hohes Niveau an betrieblicher Gesundheitsförderung. Betriebsratsvorsitzender Friedrich Zecher: „Wir sind stolz auf diese Auszeichnung und sehen uns dadurch in unserer Arbeit bestätigt. Ein toller Ansporn für künftige Projekte.“ Für das Preisgeld von 3.000 Euro, welches an Betriebsrat und Geschäftsleitung erging, wurde auch sofort eine sinnvolle Verwendung gefunden. Mit dem Geld wurde die Familie eines Mitarbeiters unterstützt, der aus schweren gesundheitlichen Gründen seinem Beruf nicht mehr nachgehen kann.



INTERAKTIVE INFOGRAFIK

Mach dir dein eigenes Bild von der Wirtschafts- und Finanzkrise. Egal ob von der Wirtschaftskrise, der Finanzkrise, der Bankenkrise, der Staatsschuldenkrise oder der Euro-Krise die Rede ist, im Grunde meinen alle dasselbe: Immer mehr Menschen sind von Arbeitslosigkeit betroffen oder bedroht und bei vielen Unternehmen waren die Auftragsbücher auch schon voller. Kurz gesagt: Die Unsicherheit steigt.

In den Medien liest man aktuell oft von der „Staatsschuldenkrise“. Doch sind die Staatsschulden das eigentliche Problem? Beschäftigt uns die globale Finanz- und Wirtschaftskrise nicht ohnehin schon seit mehreren Jahren? Und was sind dann eigentlich ihre Ursachen? diekriseverstehen.net liefert Antworten auf diese Fragen.

Mehr Information unter www.diekriseverstehen.net

Internationaler Frauentag im Kampf um Menschenwürde

Gewalt gegen Frauen ist eine Menschenrechtsverletzung!

Der Internationale Frauentag der Vereinten Nationen – kurz Weltfrauentag genannt – für die Rechte der Frau und den Weltfrieden wird weltweit am 8. März begangen. Er entstand in der Zeit knapp vor dem Ersten Weltkrieg im Kampf für das Frauenwahlrecht, aber auch für bessere Arbeitsbedingungen, ein Arbeitsschutzgesetz, Mutterschutz und eine 40-Stunden-Woche.

LINKTIPP:

Mehr Informationen unter www.proge-frauen.at

Der Frauentag

hat in seiner über 100-jährigen Geschichte nichts an Bedeutung verloren. Nach wie vor sind Frauen und Mädchen in aller Welt von Gewalt, Diskriminierung und Ausbeutung betroffen. Es gibt nach wie vor Frauen, die mit ihrem Einkommen ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können. Es gibt nach wie vor Frauen, die zur Prostitution gezwungen werden. Es gibt nach wie vor Frauen, denen von Männern Gewalt angetan wird. Jede vierte Frau leidet unter häuslicher Gewalt. Es gibt nach wie vor Frauen, deren Genitalien aufgrund von Glaubensfragen

brutal verstümmelt werden. Es gibt nach wie vor Frauen, die als Ware gehandelt werden. Sexualisierte Gewalt gegen Frauen ist auch heute noch in vielen Ländern eine als Kriegswaffe angewandte Methode.

Recht auf Freiheit und Würde. Aktuelle Medienberichte über abscheuliche Gewaltverbrechen an Frauen lassen aufhorchen. Auch im 21. Jahrhundert sind Frauen jeden Alters, aller Schichten und Kulturen von Gewalt betroffen, etwa in der Familie, am Arbeitsplatz, unter „Freunden“ oder auch in öffentlichen Verkehrsmitteln. Gewalt an Frauen hat viele Gesichter. Renate Anderl, Vorsitzende der PRO-GE Frauen, zu den erschreckenden Fakten: „Jede Form der Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist ein Verstoß gegen das Recht auf Leben, Freiheit und Würde. Wir müssen eine Sensibilisierung für das Thema schaffen, und das nicht nur in Indien.“ Die PRO-GE Frauen ha-

ben bereits vor zwei Jahren in Kooperation mit dem Bundeskriminalamt die Broschüre „Gewalt gegen Frauen“ herausgebracht.

Einkommensgerechtigkeit. Ein wichtiger Faktor zur Gleichstellung der Frau in der Gesellschaft ist auch die ökonomische Gleichbehandlung. Nach wie vor kämpfen die PRO-GE Frauen für gleiches Einkommen. Dabei haben hierzulande Lohnunterschiede viele Ursachen. Branchen mit niedrigen Löhnen weisen häufig einen hohen Frauenanteil auf. „Die berufliche Laufbahn von Frauen ist oft gekennzeichnet durch Teilzeitarbeit und Unterbrechungen“, stellt Anderl fest. Die geringen Chancen am Arbeitsmarkt und die hohe Teilzeitquote von 44 Prozent seien auf fehlende Möglichkeiten zurückzuführen, Beruf und Privatleben zu vereinbaren. „Eine Wahlmöglichkeit haben viele Frauen nicht“, sagt Anderl.

„Scher dich drum“. So lautet weiterhin das Motto der Kampagne der Frauen der Gewerkschaft PRO-GE, deren zentrales Symbol eine rote Schere ist. Sie soll die noch immer weit auseinanderklaffende Einkommensschere thematisieren und Frauen wie Männer auffordern, gegen Einkommensunterschiede aktiv zu werden.



Kollektivvertragsabschluss Mineralölindustrie

KV-Löhne steigen um 3,4 Prozent

Höhere Löhne und rahmenrechtliche Verbesserungen erreichten die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp für die rund 4.000 Beschäftigten der österreichischen Mineralölindustrie.

Um 3,4 Prozent steigen ab 1. Februar die kollektivvertraglichen Mindestlöhne und Lehrlingsentschädigungen in der Mineralölindustrie. Die Ist-Löhne werden um 3,1 Prozent erhöht. „Bei der aktuellen Inflationsrate von 2,4 Prozent im Jahresdurchschnitt bedeutet das Ergebnis ein ordentliches Einkommensplus für die Beschäftigten“, stellt PRO-GE Verhandlungsleiter Manfred Anderle fest.

Das Ergebnis im Überblick:

Lohnrechtliche Verbesserungen:

- Erhöhung der KV-Löhne um 3,4 Prozent
- Neuer Mindestlohn 1.753,04 Euro
- Erhöhung der Ist-Löhne um 3,1 Prozent
- Verteiloption: Erhöhung der Lohn- und Gehaltssumme um 3,3 Prozent, 0,3 Prozent zur innerbetrieblichen Verteilung, individuelle Erhöhung mindestens 3,0 Prozent
- Erhöhung der Lehrlingsentschädigungen um 3,4 Prozent
- Erhöhung der Aufwandsentschädigungen und Zulagen um 3,1 Prozent

Rahmenrechtliche Verbesserungen:

- Anhebung der Anrechnung von Karenzzeiten von 22 auf 32 Monate
- Ein zusätzlicher Freizeittag pro Jahr für ArbeitnehmerInnen über 55 im voll- oder teilkontinuierlichen Schichtbetrieb
- Umwandlungsmöglichkeit des Jubiläumsgeldes in Freizeit, Bonus von 30 Prozent bei Inanspruchnahme direkt vor Antritt einer Alterspension

Fortschritte bei altersgerechtem Arbeiten.

Zusätzlich konnten Verbesserungen im Rahmenrecht erreicht werden. „Mit der Umwandlungsmöglichkeit des Jubiläumsgeldes in Freizeit ist beim Thema altersgerechtes Arbeiten ein Fortschritt mit Modellcharakter gelungen.“ Auch der zusätzliche Freizeittag für ältere ArbeitnehmerInnen im Schichtbetrieb bringe mehr als auf den ersten Blick ersichtlich, erläutert Anderle: „Bei Einbringsschichten ergeben sich oft einzelne Arbeitstage zwischen arbeitsfreien Blöcken. Kolleginnen und Kollegen ab 55 können in diesem Fall künftig eine lange, durchgehende Freizeitphase genießen.“

AKTUELLE KOLLEKTIVVERTRAGSABSCHLÜSSE

Ab 1. Jänner:

Bekleidungsbranche: Lohngruppen unter 7,50 Euro +3,0 Prozent, Lohngruppen über 7,50 Euro +2,8 Prozent, neuer Mindestlohn 1.171,73 Euro, Lehrlingsentschädigungen +3,0 Prozent (Wäschewaren- und Miederwarenerzeuger +2,7 Prozent).

Chemisches Gewerbe: Lohnstufe 1 +2,8 Prozent, Lohnstufen 2 und 3 +3,0 Prozent, Lohnstufe 4 +3,2 Prozent, neuer Mindestlohn 1.196,19 Euro, Lehrlingsentschädigungen und Zulagen +3,0 Prozent, Vereinbarung über Arbeitsgruppe zu Rahmenrecht.

Essig-, Essenzen- und Spirituosenbranche: KV-Löhne +2,92 Prozent, neuer Mindestlohn 1.374,00 Euro, Begünstigungsklausel für Aufrechterhaltung der Überzahlung.

Essig-, Essenzen- und Spirituosenindustrie: KV-Löhne +3,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.460,49 Euro, Dienstalterszulagen +3,0 Prozent, Lehrlingsentschädigungen +3,0 Prozent, Zehrgelder +3,0 Prozent, Überzahlungen bleiben voll aufrecht.

ForstarbeiterInnen in der Privatwirtschaft: KV-Löhne +3,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.492,11 Euro, Vergütung für motormanuelle Schlägerung +3,0 Prozent, Motorsägenanschaffungspauschalien +3,0 Prozent.

Glasbläser- und Glasinstrumentenerzeuger: KV-Löhne +3,1 Prozent, neuer Mindestlohn 1.276,77 Euro, Lehrlingsentschädigungen +3,1 Prozent.

Kohlensäuregetränkewerbe: KV-Löhne +2,92 Prozent, neuer Mindestlohn 1.508,77 Euro, euromäßige Überzahlung bleibt in voller Höhe aufrecht, Lehrlingsentschädigungen +2,92 Prozent, Zehrgelder +2,92 Prozent, Verkaufsprovisionen +2,92 Prozent.

Obst-, Gemüseveredelungs- und Tiefkühlgewerbe: KV-Löhne +2,92 Prozent, neuer Mindestlohn 1.384,80 Euro, Lehrlingsentschädigungen +2,92 Prozent, Begünstigungsklausel für Aufrechterhaltung der Überzahlung.

Sattler- und Lederwarengewerbe: KV-Löhne +2,9 Prozent, neuer

Energieversorgungsunternehmen

Mehr Einkommen für 21.000 Beschäftigte

Mit 1. Februar steigen die Löhne bei den österreichischen Energieversorgern um 3,2 Prozent.

Einen erfolgreichen Abschluss konnten die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp in der zweiten Runde der Kollektivvertragsverhandlungen für die rund 21.000 ArbeitnehmerInnen der Energieversorgungsunternehmen (EVU) am 16. Jänner erreichen. Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne steigen um 3,2 Prozent, die Ist-Löhne um 3,0 Prozent. Die durchschnittliche Inflation liegt bei 2,4 Prozent. „Der erreichte Reallohnzuwachs für die Beschäftigten stärkt die Kaufkraft. Zudem konnte eine Einsetzung einer Expertengruppe zum Thema ‚Lebensphasengerechte Arbeitszeitmodelle‘ vereinbart werden“, betont PRO-GE Verhandlungsleiter Manfred Anderle.



Das Ergebnis im Überblick:

Lohnrechtliche Verbesserungen:

- Erhöhung der KV-Löhne um 3,2 Prozent
- Neuer Mindestlohn 1.659,36 Euro
- Erhöhung der Ist-Löhne um 3,0 Prozent
- Erhöhung der Zulagen um 3,0 Prozent
- Erhöhung der Lehrlingsentschädigungen um 3,2 Prozent
- Erhöhung der Aufwandsentschädigungen um 2,5 Prozent
- Kinderzulage auf 52 Euro erhöht
- Geltungstermin: 1. Februar 2013

Weitere Vereinbarungen:

- Einsetzen einer Expertengruppe zum Thema „Lebensphasengerechte Arbeitszeitmodelle“
- Fortsetzung der Gespräche zur Neugestaltung des Jubiläumsgeldes

Mindestlohn 1.203,74 Euro, Lehrlingsentschädigung +2,9 Prozent (gerundet auf die Eurobeträge).

Süßwarenindustrie: KV-Löhne +3,0 Prozent, Erhöhung der Dienstalterszulage in allen Kategorien (Gesamtabschluss beträgt daher 3,1 Prozent), neuer Mindestlohn 1.535,75 Euro, Begünstigungsklausel für Beibehaltung der Überzahlung, Erhöhung der Zehrgelder und Lehrlingsentschädigungen, neue Lohnkategorie für Lehrlinge ab 18 Jahren.

Teigwarengewerbe: KV-Löhne durchschnittlich +2,95 Prozent, neuer Mindestlohn 1.184,00 Euro.

Teigwarenindustrie: KV-Löhne +3,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.269,20 Euro, Übereinkommen über 1.300 Euro Mindestlohn im Folgejahr, überdurchschnittliche Erhöhung aller Dienstalterszulagen im Jahr 2014, Überzahlungen bleiben in voller Höhe aufrecht.

Textilreinigerindustrie: KV-Löhne +2,9 Prozent, neuer Mindestlohn 1.144,85 Euro, Lehrlingsentschädigungen +3,0 Prozent, Auf-

rechterhaltung der Überzahlung, weiterführende Arbeitsgruppe zum Rahmenrecht.

Vulkanisierer: KV-Löhne +3,2 Prozent, neuer Mindestlohn 1.425,28 Euro, Lehrlingsentschädigungen +3,2 Prozent, Zulagen +3,2 Prozent.

Ab 1. Februar:

Floristen und Blumeneinzelhändler: KV-Löhne untere Lohnstufen +3,0 Prozent, KV-Löhne obere Lohnstufen +2,6 Prozent, Lehrlingsentschädigungen +2,8 Prozent.

Fruchtsaftindustrie: KV-Löhne +2,95 Prozent, neuer Mindestlohn 1.478,80 Euro, Dienstalterszulagen +2,95 Prozent, Lehrlingsentschädigungen +2,95 Prozent, Zehrgelder +2,95 Prozent, Begünstigungsklausel bleibt aufrecht.

Alle KV-Abschlüsse der PRO-GE: www.lohnruenden.at

Betriebsreportage

Motorpower aus Wien

Im vorigen Jahr feierte Opel Wien das 30-jährige Betriebsjubiläum. Mit rund 2,3 Milliarden Euro an Investitionen in den Standort Wien-Aspern seit der Gründung 1982 zählt die Opel Wien GmbH zu den größten Investoren Österreichs. Rund 1.400 ArbeiterInnen stellen im Schichtbetrieb Motoren und Getriebe – Produkte für die ganze Welt – in verschiedenen Varianten her. Damit ist Opel Wien einer der wichtigsten Arbeitgeber in der Wiener Industrieproduktion.

Im Schnitt werden im Werk pro Minute zwei Motoren und vier Getriebe produziert. Die MitarbeiterInnen an den Montagebändern wechseln stündlich den Arbeitsplatz. Dies sorgt für Abwechslung im Arbeitsablauf und beugt Monotonie vor.



Die Montagearbeit an den Getrieben und Motoren verlangt bestens eingespielte MitarbeiterInnen bei den verschiedenen Montageschritten.



Das zeitgenaue Bestücken der Maschinen mit den Bauteilen verlangt einen exakt geplanten Arbeitsablauf.



Die offenen Motorblöcke mit ca. 25 Kilogramm Gewicht werden mit speziellen Hubvorrichtungen vom Förderband genommen.



Seit mehr als 25 Jahren gibt es Lehrlingsausbildung im Werk. Die Ausbildung ist eine der tragenden Säulen des wirtschaftlichen Erfolgs.



Lehrlinge im zweiten und dritten Lehrjahr helfen auch bei der Instandhaltung, in diesem Falle bei der Reparatur eines Förderbandes.



Eine eigene Werkstatt sorgt für die richtigen Werkzeuge für die Produktion. Hier programmiert Stephan Sadil eine CNC-gesteuerte Drehmaschine.



Das Zusammenbauen der Getriebe nach Taktvorgabe erfordert konzentriertes Arbeiten. Arbeitssicherheit wird sehr ernst genommen.

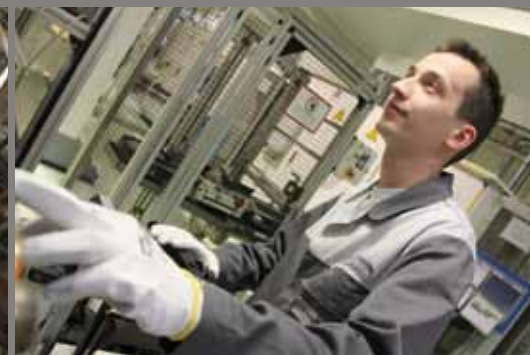



Martin Matzka kontrolliert mit seinem geschulten Auge die Nockenwellen.



Für die Betriebsratsvorsitzende Renate Blauensteiner (Mitte) und ihren Stellvertreter Edmund Hafner (rechts) ist der Kontakt mit den Kolleginnen und Kollegen wichtig. Sie nehmen sich der Probleme an und kümmern sich um arbeitnehmerfreundliche Lösungen.

In der Qualitätskontrolle ist ein geschultes Auge gefragt. Die Werkstücke müssen genauen Vorgaben entsprechen.





Schicksal Bangladesch: Sterben für billige Textilprodukte

Der Tod im Einkaufssackerl

Der 24. November wird den Angehörigen der Todesopfer in einer Textilfabrik in Bangladesch ewig in Erinnerung bleiben. Wieder einmal war es zu einem verheerenden Brand gekommen. 112 Menschen kamen dabei ums Leben und weitere 200 wurden schwer verletzt.

LINKTIPP:

Mehr Infos unter
<http://www.cleanclothes.at/>

Die dramatischen Vorkommnisse sind in der Region nicht neu. Nur zwei Monate zuvor verbrannten im pakistanischen Karatschi rund 300 Menschen bei einem ähnlichen Ereignis. In letzter Minute erteilte uns die traurige Meldung, dass bei einem neuerlichen Feuer am 26. Jänner sieben ArbeiterInnen gestorben sind. Vier davon waren jünger als 17 Jahre. Michaela Königshofer von der Clean Clothes Kampagne (CCK), die selbst zwei Mal vor Ort war, weiß darüber zu berichten. „In Bangladesch starben in den letzten sechs Jahren über 600 Menschen bei Bränden in Textilfabriken. Viele Fabriken sparen sich alle Brandschutzmaßnahmen, haben keine Notausgänge, verstellte Türen, vergitterte Fenster. Mitunter werden im Brandfall sogar die Tore vom sogenannten Sicherheitspersonal verschlossen gehalten“, so Michaela Königshofer über die untragbaren Zustände in Bangladeschs Textilbranche.

Angesichts dieser dramatischen Situation fordern die CCK, aber auch die PRO-GE einen grundlegenden Wandel im Umgang mit Sicherheitsvorkehrungen in Bekleidungszulieferbetrieben. PRO-GE Branchensekretär Gerald Kreuzer bringt es auf den Punkt: „Eine Auslagerung der Produktion bedeutet noch lange nicht eine Auslagerung der Verantwortung.“ Er spielt damit auf die Rolle

der heimischen Bekleidungsunternehmen an. In den betroffenen Fabriken ließen Unternehmen wie z. B. C&A oder KiK Kleidung für den deutschen und österreichischen Markt produzieren.

Der Profit. Die Fabriken arbeiten für Auftraggeber in Europa und den USA, deren Profit auf Kosten von Menschenleben geht. „Das sollten wir als Konsumentinnen und Konsumenten bedenken, wenn wir beim nächsten Einkauf über das Billigpreisschild der Kleidung staunen“, mahnt Kreuzer. Der fehlende Brandschutz ist dabei nur eines von vielen Problemen. Oft liegt die Entlohnung unter der Armutsgrenze von zwei Dollar, die Arbeitszeit bei zehn bis vierzehn Stunden täglich, gewerkschaftliche Organisation ist untersagt oder wird massiv behindert. Clean Clothes Kampagne und PRO-GE fordern nicht nur die strikte Einhaltung der Brandschutzmaßnahmen, sondern auch grundlegend verbesserte Arbeitsbedingungen und die volle Anerkennung des Rechts auf freie gewerkschaftliche Organisation.

Vereinbarungen und Brandschutzprogramm. Doch es geht auch anders. Bangladeschische und internationale Gewerkschaften sowie Arbeitsrechtsorganisationen haben mit Tchibo und PVH eine Vereinbarung getroffen, um ein Gebäude- und Brandschutzprogramm in den örtlichen Textilfabriken umzusetzen. Die beiden Firmen haben den Anfang gemacht, jetzt ist es an der Zeit, dass andere folgen. Jyrki Raina, Generalsekretär von IndustriALL Global Union, zu der Vereinbarung: „Die Textilindustrie ist für ihre mangelhaften Sicherheitsstandards berüchtigt. Dieses Programm wird die Sicherheit der ArbeiterInnen in vielen Fabriken Bangladeschs entscheidend verbessern.“

KiK zahlt Entschädigung. KiK unterzeichnete inzwischen im Jänner 2013 eine Vereinbarung mit dem Pakistan Institute of Labour Education and Research (PILER), die eine einmalige Zahlung in der Höhe von einer Million Dollar an die Opfer und ihre Familien sowie Verhandlungen mit allen beteiligten Interessenvertretern über ein langfristig angelegtes Paket von Ausgleichszahlungen vorsieht. Eine späte Einsicht, welche die Toten nicht mehr zurückbringt.

Überbetriebliche Lehrausbildung

Jugend am Werk

Eine wichtige Forderung der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) wurde vor vier Jahren Realität: die Ausbildungsgarantie. Jede/r Jugendliche, die/der eine Lehrausbildung machen möchte, soll sie auch machen können.

Unerlässlich dafür ist die überbetriebliche Lehrausbildung.

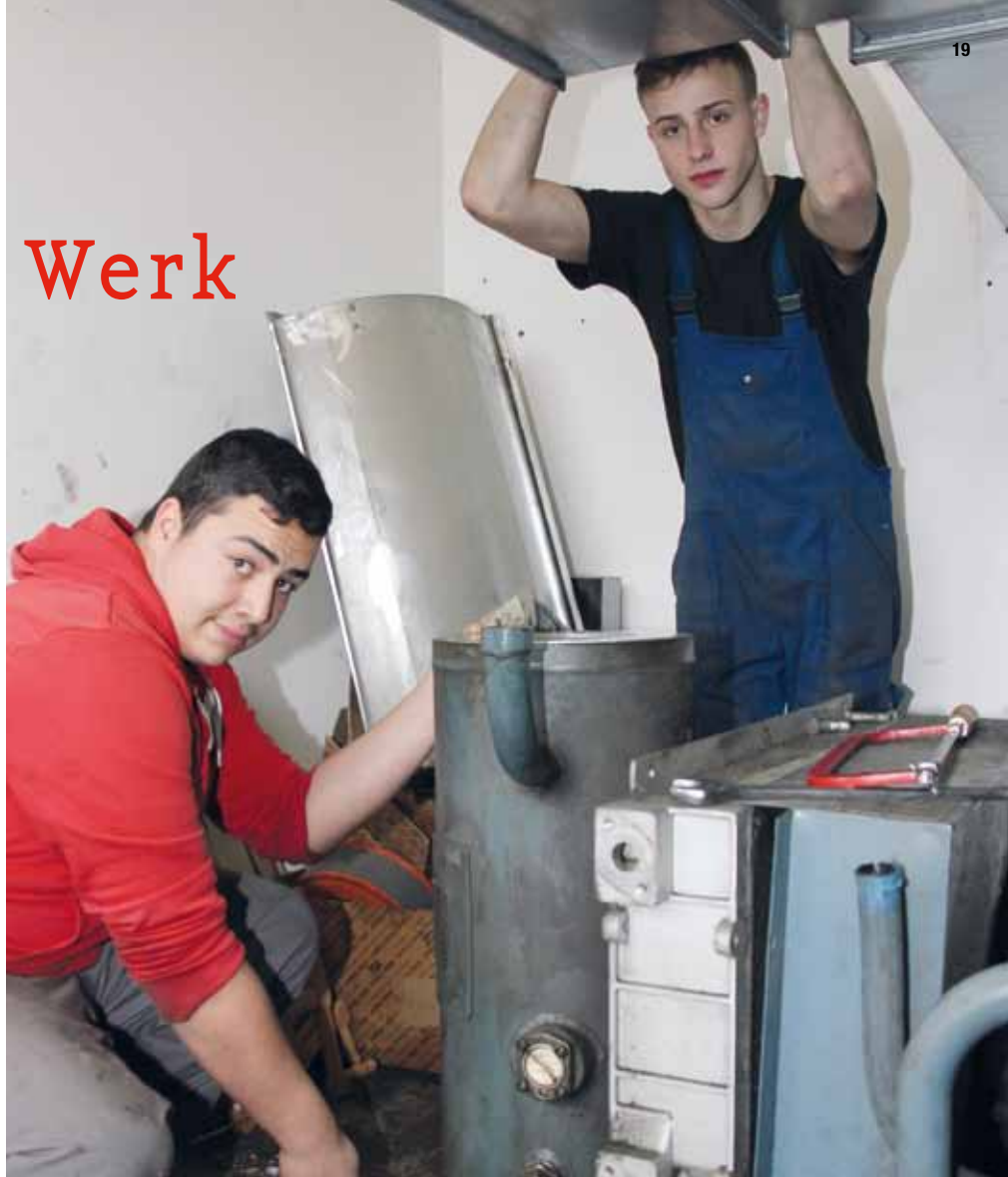
LINKTIPP:

Mehr Infos unter
www.proge.at/jugend

Rund 12.000

Jugendliche absolvieren ihre Berufsausbildung in einer überbetrieblichen Ausbildungseinrichtung. Petar Pavlovic und Tolga Cicek sind zwei von ihnen. Die beiden 18-Jährigen sind im zweiten Lehrjahr ihrer Ausbildung zu Metallbearbeitungstechnikern bei Jugend am Werk in Wien-Floridsdorf. „Uns gefällt's hier sehr gut“, zeigen sie sich mit ihrer Ausbildungsstätte zufrieden. „Die Ausbildung ist vielfältig und das Niveau hoch.“

Im Betrieb vs. überbetrieblich. Bei aller Zufriedenheit würden sie ihre Lehre trotzdem lieber in einem regulären Betrieb machen, geben die beiden unumwunden zu. „Im ‚echten‘ Wirtschaftsleben läuft halt doch einiges anders“, meint Pavlovic, „auch wenn das nicht automatisch besser oder schlechter bedeutet.“ Ein großer Vorteil der Ausbildung im Betrieb ist die große Chance auf Weiterbeschäftigung nach dem Lehrabschluss, während sich die AbsolventInnen der überbetrieblichen Lehrausbildung dann erst einmal auf Jobsuche begeben müssen. „Das Geld spielt natürlich auch eine Rolle“, sagen Pavlovic und Cicek offen.



Tolga Cicek und Petar Pavlovic gefällt es bei Jugend am Werk sehr gut. Trotzdem würden sie der Lehre im Betrieb den Vorzug geben.

Kräftige „Lohnerhöhung“. Lehrlinge in überbetrieblichen Ausbildungen erhalten vom AMS eine Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhaltes. Die ÖGJ konnte gerade eine Erhöhung der „DLU“ von 240 auf 270 Euro in den ersten beiden Lehrjahren und von 555 auf 600 Euro im dritten und vierten Lehrjahr ausverhandeln. „Vor vier Jahren, im Vorgängermodell zur überbetrieblichen Ausbildungsgarantie, den sogenannten JASG-Maßnahmen, betrug die Beihilfe für Auszubildende nur 150 Euro“, erinnert Sascha Ernszt, Wiener Landesjugendvorsitzender der PRO-GE. „Das ist zwar eine beeindruckende ‚Lohnsteigerung‘, auf die kollektivvertraglichen Lehrlingsentschädigungen fehlt aber noch einiges“, sieht Ernszt Luft nach oben. Ebenfalls ganz vorne auf der Prioritätenliste: die Durchsetzung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

Wirtschaft in die Pflicht nehmen. Auch für PRO-GE Bundesjugendvorsitzenden Jürgen

Michlmayr steht fest: Gut, dass es die überbetriebliche Lehrlingsausbildung gibt. Besser allerdings, es würden nicht so viele davon Gebrauch machen müssen: „Nur mehr 20 Prozent der Unternehmen, die Lehrlinge ausbilden könnten, tun das auch. Die Wirtschaft stiehlt sich immer mehr aus der Verantwortung und hängt die Kosten für die Berufsbildung der Allgemeinheit um.“

Fachkräftemilliarde für faire Kostenteilung.

Die PRO-GE fordert daher schon länger eine „Fachkräftemilliarde“ als Gegenmaßnahme: Von allen Unternehmen soll ein Prozent der Bruttoentgeltsumme eingehoben werden, um damit die Lehrstellenförderung für die ausbildenden Betriebe und die überbetriebliche Lehrausbildung zu finanzieren. „Die Unternehmer klagten gerne über einen angeblichen Fachkräftemangel“, kritisiert Michlmayr. „Den kann die Wirtschaft aber selbst am besten vermeiden: Einfach aufhören mit Jammern und anfangen mit dem Ausbilden!“

FAIRTRADE: Fairer Handel seit 20 Jahren

Kleines Zeichen, große Wirkung

Seit genau 20 Jahren steht FAIRTRADE für wirkungsvolle Armutsbekämpfung durch Fairen Handel und schafft eine Welt, in der alle Kleinbauernfamilien und PlantagenarbeiterInnen in Entwicklungsländern nachhaltig ein sicheres und menschenwürdiges Leben führen und ihre Zukunft selbst gestalten können.

**LINKTIPP:**

Mehr Infos unter
www.fairtrade.at

Die Gewerkschaft PRO-GE engagiert sich seit längerem in dem Projekt und ist eine von 26 Mitgliedsorganisationen. Branchensekretär Gerhard Riess von der PRO-GE über FAIRTRADE: „Seit zwei Jahrzehnten sichern Produkte mit dem FAIRTRADE-Gütesiegel bessere



Foto: (c) FAIRTRADE Österreich

Arbeitsbedingungen für Kleinbauernfamilien und lohnabhängige ArbeiterInnen auf Plantagen, Blumenfarmen oder Teegärten und schaffen damit eine gerechtere Welt.“

Der Faire Handel verbindet KonsumentInnen mit Kleinbauernfamilien und PlantagenarbeiterInnen in Entwicklungsländern. Darüber hinaus engagiert sich die Organisation in Bildungs-, Gesundheits- oder Umweltprojekten. FAIRTRADE – Großes Tun mit einem kleinen Zeichen! Die PRO-GE gratuliert zum runden Geburtstag.

PRO-GE Konferenztermine 2013:

PRO-GE Gewerkschaftstag. Der 2. Gewerkschaftstag der PRO-GE findet von 25. bis 27. November 2013 im Austria Center Vienna unter dem Motto „INNOVATIV – STARK – SOZIAL. Für eine gerechte Arbeitswelt“ statt.

PRO-GE Tirol Mitgliederversammlungen. Alle PRO-GE Mitglieder können ohne Anmeldung an den Versammlungen teilnehmen. Für Fragen steht das Landessekretariat Tirol gerne zur Verfügung: 0512/597 77-526 od. -504.

Innsbruck-Wattens: 12. März 2013, ÖGB-Haus Innsbruck, 7. Stock, großer Saal, Südtiroler Platz 14–16, 6010 Innsbruck, um 18.00 Uhr

Reutte: 27. März 2013, AK Reutte, Mühler Straße 22, 6600 Reutte, um 18.00 Uhr

Kufstein-Kundl: 16. April 2013, ÖGB Kufstein, Arkadenplatz, 66330 Kufstein, um 18.30 Uhr

Telfs: 26. April 2013, Hotel Martina, Saglstraße 32, 6410 Telfs, um 18.00 Uhr

Zillertal: 25. April 2013, Café im Park, Schwimmbadweg 7, 6280 Zell am Ziller, um 19.30 Uhr

Scharz-Jenbach: 26. April 2013, Gasthof Bucherwirt, Buch 22, 6220 Buch in Tirol, um 19.00 Uhr

Osttirol: 15. Mai 2013, Hotel Haidenhof, Grafendorfer Straße 12, 9900 Lienz, um 19.00 Uhr

PRO-GE Burgenland Mitgliederversammlung. Im Vorfeld des PRO-GE Gewerkschaftstages findet eine Mitgliederversammlung statt. Eingeladen sind aktive Mitglieder, die ihre Beiträge einzeln, in Betrieben ohne Betriebsrat oder in Betrieben mit weniger als 50 Prozent Organisationsdichte einzahlen. Aus organisatorischen Gründen ist es unbedingt erforderlich, sich bis spätestens 26. Februar 2013 persönlich, per E-Mail oder telefonisch beim PRO-GE Landesvorstand Burgenland unter Angabe von Name, Anschrift und Mitgliedsnummer zu dieser Mitgliederversammlung verbindlich anzumelden. Mitgliederversammlung Burgenland: 12. März 2013, 19.00 Uhr, Gasthaus Fuchs, 7331 Weppersdorf, Hauptstraße 33.

Anmeldung unter: Gewerkschaft PRO-GE, Landesvorstand Burgenland, Wiener Straße 7, 7000 Eisenstadt, Tel.: 02682/770 53 oder E-Mail: burgenland@proge.at. Die PRO-GE PensionistInnen erhalten für ihre eigene Versammlung am 13. März 2013 im KUZ-Oberschützen getrennt von dieser Ausschreibung eine schriftliche Einladung.



Lagerarbeiter Milan S. erhielt 6.000 Euro nachbezahlt. Ansprüche, auf die er mit einer einvernehmlichen Auflösung verzichtet hätte.

Alles, was recht ist

Einvernehmlich heißt Verzicht!

Die Unart der „einvernehmlichen“ Auflösungen ist in der Arbeitskräfteüberlassung leider weit verbreitet. Einen Fall von besonderer Unverfrorenheit hat Milan S.* erlebt: Er verweigerte die Unterschrift, doch der Arbeitgeber ignorierte das vollkommen. Die PRO-GE verhalf dem Leiharbeiter zu seinem Recht und zu einer Nachzahlung von 6.000 Euro brutto.

Vollzeit ist nicht Teilzeit. Milan S. wandte sich erneut an die Produktionsgewerkschaft. Die Rechtsabteilung der PRO-GE nahm die Unterlagen jetzt ganz genau unter die Lupe. Neben dem entgangenen Entgelt aufgrund der nicht eingehaltenen Kündigungsfrist stellte sich heraus, dass trotz vereinbarter Vollzeitarbeit Monat für Monat bedeutend weniger Arbeitsstunden bezahlt worden waren und damit eine unzulässige Teilzeitbeschäftigung vorlag. Inklusive Ersatzbetrag für nicht konsumierten Urlaub erhielt S. insgesamt über 6.000 Euro brutto aus einem Arbeitsverhältnis, das gerade einmal zehn Monate dauerte.

LINKTIPP:

Mehr Infos unter
www.proge.at/recht

Das Ende einer Überlassung ist nicht das Ende des Arbeitsverhältnisses. Der Kollektivvertrag Arbeitskräfteüberlassung regelt, dass der Arbeitgeber aufgrund der Beendigung einer Überlassung nicht kündigen darf, und zwar mindestens eine Woche lang. Darüber hinaus gilt eine Kündigungsfrist von mindestens zwei Wochen, bei Beschäftigungen von drei Jahren oder länger steigt diese weiter an. Leiharbeitsfirmen drängen ihre ArbeitnehmerInnen deshalb sehr oft, das Arbeitsverhältnis „einvernehmlich“ aufzulösen und damit auf alle weiteren Ansprüche zu verzichten.

Nicht unterschrieben. Auch Milan S. wurde eine vorgefertigte Erklärung zur „einvernehmlichen Lösung“ des Dienstverhältnisses vorgelegt. Rund zehn Monate war er von der Firma WIT Personaldienstleistung als Lagerarbeiter an ein Textilgewerbe-Unternehmen überlassen. S. informierte sich bei der PRO-GE und unterschrieb nicht. Er teilte seinem Arbeitgeber sogar schriftlich mit, dass er gerne für die Firma weiterarbeiten würde, und verwies ansonst auf das korrekte Kündigungsprozedere, falls diese keine Arbeit mehr für ihn habe.

Arbeitgeber ignoriert Tatsachen. Antwort bekam S. darauf keine. Stattdessen fuhr die Leiharbeitsfirma ungerührt mit dem Programm fort: S. wurde bei der Sozialversicherung abgemeldet und erhielt eine letzte Monatsabrechnung, in der das „Austrittsdatum“ angeführt wurde – alles ganz genau so, als wäre die Auflösung unterschrieben worden.

Keine Kleinigkeiten. „Die Praxis, LeiharbeiterInnen zu „einvernehmlichen“ Auflösungen zu drängen, ist in der Branche leider so verbreitet, dass die Überlasser die möglichen Kosten für Kündigungsfristen oder gar bezahlte Stehzeiten überhaupt nicht mehr mitkalkulieren – ein Missstand, der zu beseitigen ist“, kritisiert Andreas Schlitzer von der PRO-GE Rechtsabteilung. „Das vorliegende Beispiel zeigt, dass selbst bei kurzen Arbeitsverhältnissen ganz schöne Summen auf dem Spiel stehen.“ Daher: Nicht unterschreiben, sondern erst einmal bei der Gewerkschaft informieren!

* Name von der Redaktion geändert.

Die ExpertInnen der PRO-GE Rechtsabteilung helfen bei rechtlichen Fragen unter der Tel.-Nr. 01/534 44-69 142 bzw. per E-Mail an recht@proge.at gerne weiter.



Hotel Bad Hofgastein

Relaxwochenende 2013



Genieße das Hotel Bad Hofgastein im sonnigen Gasteiner Tal mit freiem Eintritt in die Alpentherme Gastein. Die ideale Urlaubsmöglichkeit für die ganze Familie.

- 26. April 2013–01. Mai 2013 **5 Nächte**
- 01. Mai 2013–05. Mai 2013 **4 Nächte**
- 08. Mai 2013–12. Mai 2013 **4 Nächte**
- 17. Mai 2013–20. Mai 2013 **3 Nächte**
- 29. Mai 2013–02. Juni 2013 **4 Nächte**
- 31. Okt. 2013–03. Nov. 2013 **3 Nächte**

Leistungen:

Frühstücksbuffet, Abendbuffet oder wahlweise Mittagessen, 1 x Themenbuffet, 1 x Relaxcocktail, 1 Teilmassage (15 min) im Kurzentrum nach Vereinbarung (nur für Erwachsene), freie Benützung von Sauna und Dampfbad im Haus, freier Eintritt in die Alpentherme Gastein mit Relax-, Family-, Sauna- und Ladies-World. Die Therme ist bequem durch einen unterirdischen Verbindungsgang direkt vom Hotel aus im Bademantel erreichbar. Preise pro Person inklusive aller Abgaben, **exklusive Kurtaxe/Ortstaxe.**

Kinder bis 6 Jahre logieren frei im Zimmer der Eltern. Aufzahlung Halbpension für Kinder 4–6 Jahre 10,00 Euro pro Nacht. Aufzahlung für Einzelpersonen im Doppel- bzw. Mehrbettzimmer 9,00 Euro pro Nacht. Aufzahlung für Kinder und Jugendliche im eigenen Zimmer 9,00 Euro pro Nacht.

Pauschalpreis pro Person in Euro:

	3 Nächte	4 Nächte	5 Nächte
PRO-GE Erwachsene	209,50	271,50	333,50
Kinder 6–15 Jahre	70,50	94,00	117,50
Jugendliche 15–18 Jahre	117,50	155,50	193,50
ÖGB Erwachsene	251,50	327,50	403,50
Kinder 6–15 Jahre	96,00	128,00	160,00
Jugendliche 15–18 Jahre	143,00	189,50	236,00
Nichtmitglieder Erwachsene	317,50	415,50	513,50
Kinder 6–15 Jahre	127,50	170,00	212,50
Jugendliche 15–18 Jahre	168,50	223,50	278,50

INFOS UND BUCHUNGEN:

Infos über Preise und aktuelle Angebote der PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH gibt es im Internet unter www.proge.at/urlaub. Wie immer werden PRO-GE Mitglieder mit schulpflichtigen Kinder vorrangig berücksichtigt. Wer keinen Zugang zum Internet hat, kann sich direkt in der PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH telefonisch informieren bzw. das gewünschte Angebot dort buchen: PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 534 44-69707, Fax: (01) 534 44-103211, E-Mail: urlaub@proge.at

CARTOON:



Preisrätsel



Schicke das Lösungswort mit **Namen, Mitgliedsnummer und Adresse** bis 18. März 2013 an **PRO-GE**, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien (bitte ausreichend frankieren) oder per Mail an glueckauf@proge.at

Waagrecht:

- 1 Das ist ja (k)ein Lebensalter – hier auf S. 19 am Werk
- 5 Die Verwandte brauchst du, wenn bei dir eine Schraube locker ist?
- 8 Könnten auch Vermutungen sein: Sie sorgen an der Börse für die Berg- und Talfahrt der Kurse (Mz., siehe S. 10/11)
- 9 Tierisches Hörorgan, lässt Buchseiten echt geknickt aussehen
- 10 Der TV-Kanal passt buchstäblich gut in die *Kultursparte*
- 12 Unter ... liefern: Irgendwie weiter weg, der Gletscher in Tirol?
- 14 Mehlspeise, Gewichtsklasse: zwischen Nudeln und Knödeln, kommt auf S. 17 mit Wellen daher (Mz.)
- 16 So muss das Metall sein, damit es noble(!) Preise erzielt
- 18 Dombaumeister, zielgerichtet: „Damit der Bau sich schön erhebt,/ wird mit Pfeilern er –!“
- 20 Was hat die Hälfte der Menschheit am 8. März zu feiern? (siehe S. 13)
- 21 Die letzte Winterolympiade des letzten Jahrtausends fand wo statt?
- 22 Eine Name für das Jahrzehnt, den man von den Griechen kennt

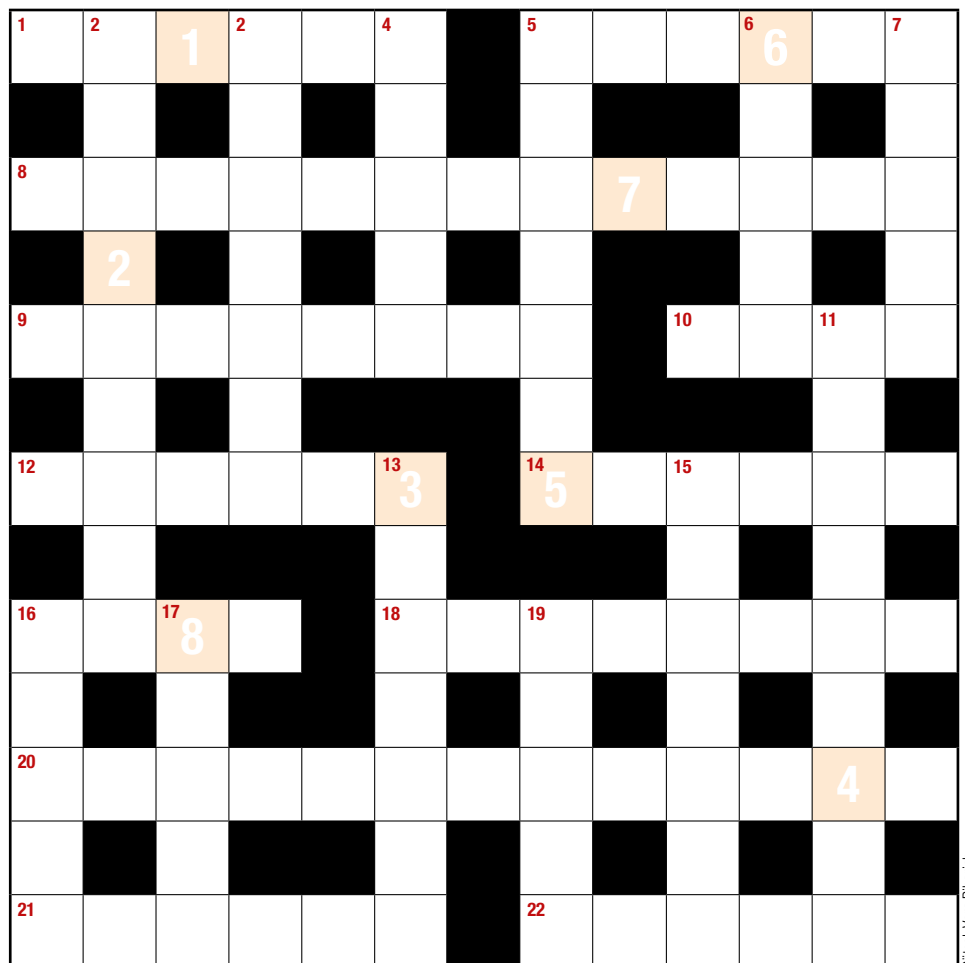
Senkrecht:

- 2 „Sitzt nicht gut“, wenn du *so* eine Bemerkung machst
- 3 Das Kindeskind macht 5 waagrecht zur Groß...
- 4 Eine Art Vollkoffer, wo namentlich ein Gurkenkräutl dreingehaut wird
- 5 Alle(s) Montage: Was läuft auf S. 16/17 vom Band? (Mz.)
- 6 Mit dem Kopierer-Füllstoff kannst du nach Umstellung vor allem *roten* Druck machen
- 7 Von der bäumlichen Außenhaut bleibt nach E-liminierung nur ein Stück Vieh
- 11 Wozu bläst Mensdorff-Pouilly nach Guts-herrenart gern Halali?
- 13 Vornämlich Schlagerstar der älteren Generation – mit Blanco-Scheck (ein)lösbar
- 15 Sie berichtet von laufenden Ereignissen auf *journal-istische* Art
- 16 And the *winer* is: Bei richtiger Um-Schreibung traute Anrede für einen Landeschef in Black
- 17 So flott geht's im Innenleben Seiner *Heiligkeit* zu?
- 19 Stoppel in recht fass-licher Form



Für den Frühjahrsputz zu gewinnen gibt es:
Einen Progress PC3100 Bodenstaubsauger

HINWEIS: Die Buchstaben in den unterlegten Feldern ergeben aneinandergereiht zur Sicherheit ein Lösungswort.



Rätsel: Vera Hübner

LÖSUNGSWORT aus der vorigen Ausgabe GLÜCK AUF!: SCHOKOLADE

W: 7 RUIN 8 ROTSTIFT 9 BRAUCHBAR 10 MET 12 STUTEN 13 GENUSS 15 INDIEN 17 CHEMIE 18 EGG 20 WELTMARKT 22 VORLIEBE 23 HORT

S: 1 FUERSTEN 2 INDUSTRIE 3 DREHEN 4 STRANG 5 STR 6 AFFE 11 UNGEFAEHR 14 STICKERS 16 NIESEN 17 CUTTER 19 GROB 21 ALL

Die Gewinnerin aus Ausgabe 8 GLÜCK AUF!
Frau Muss, 4822 Bad Goisern

Ein Ersuchen des Verlages an die/den Briefträger/in:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund
und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

_____/_____/_____
Straße/Gasse Haus-Nr. / Stiege/ Stock/ Tür

Postleitzahl Ort

Besten Dank

www.proge.at

**Die Produktionsgewerkschaft im Internet.
Immer auf dem Laufenden!**

PRO-GE

